

REZENSIONEN

Anneli Rüling

Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen.

PETRA DRAUSCHKE

Mit der vorliegenden publizierten Dissertation setzt sich Anneli Rüling das Ziel, Traditionalisierungsfallen, also „gesellschaftliche Strukturierungen des Handelns innerhalb von Paarbeziehungen“ (105) herauszuarbeiten, die das gleichberechtigte Arrangement von Arbeit und Leben bei jungen Familien mit Kindern erschweren. Es ist die Frage, ob sich die vorherrschende Persistenz traditioneller Geschlechterarrangements durch Modernisierungstendenzen in Frage stellen lässt. Damit greift die Autorin in ein aktuell brisantes Wespennest der Familienpolitik der Bundesrepublik und in grundlegende wissenschaftliche Diskurse der Wohlfahrtsstaatsforschung, der Geschlechterforschung und der Familiensoziologie ein. Dieses überaus komplexe Vorhaben wird mit wissenschaftlicher Akribie und gründlicher Literaturrecherche realisiert.

Als Kriterium für die Egalität von Erwerbs- und Familienarbeit, im Unterschied zum altbundesdeutschen traditionellen Familienernährermodell, definiert Rüling den relativ gleichen Umfang von Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und Hausarbeit für beide Elternteile.

Das Sample, das Rüling untersucht ist extrem, da es sich um privilegierte Paare handelt, was sie selbst reflektiert. Es ist durchaus zulässig und zudem spannend, im Mikrokosmos einer elitären Familienkonstellation nach veränderten Handlungsmustern zu suchen: es sind Paare, wo Mann wie Frau Teilzeit erwerbstätig sind, die Paare Kinder im Betreuungsalter haben und ein egalitäres Lebensmodell leben. Das heißt auch, dass sie nicht in prekären, sondern relativ gesicherten Beschäftigungsverhältnissen tätig sind. Die Paare handeln entsprechend ihrem „biografischen Entwurf“ einem Paarideal, das im bundesdeutschen Kontext als alternatives Lebensmodell bezeichnet werden kann. Somit werden die Traditionalisierungsfallen in besonderer Weise sichtbar. Einerseits sind die Fallanalysen der Paare sehr umfangreich und durchaus interessant, andererseits wäre ein differenzierterer Umgang mit den biografischen Erfahrungen aus Kindheit und Jugend der Paare hilfreich für die Beantwortung der Forschungsfragen gewesen.

Bei der Analyse der Handlungsstrategien der befragten Paare macht Rüling die Traditionalisierungsfallen überzeugend sichtbar. Die erste Traditionalisierungsfalle besteht darin, dass der berufliche Wiedereinstieg der Mutter zugleich ein Armutsrisiko

darstellt. Hier kritisiert Rüling die Begünstigung der traditionellen oder modernisierten Ernährerehe durch hohe Einkommensdifferenzen und das Ehegattensplitting, was dazu führt, dass sich für Frauen der berufliche Wiedereinstieg oft nicht „rechnet“ (117). In keinem anderen Vergleichsland sind die sozialen und steuerlichen Regelungen deshalb so kontraproduktiv für egalitäre Vereinbarkeitsmodelle von Familien, wie in Deutschland. Rüling verweist auch auf die Deutungsebene, denn schon allein die Frage, ob sich Erwerbstätigkeit der Mutter „lohnt“ weist auf eine geschlechtsspezifische Betrachtung hin. In der DDR war dieser Diskurs weitgehend unbekannt, da das Doppelverdienermodell Normalität war. Aber selbst diese befragten „Vorreiter“ eines egalitären Lebensmodells diskutieren Zeit für Erwerbsarbeit und Familienarbeit „als Luxus“ und nicht als Normalität eines ganzheitlichen Lebensmodells.

Als zweite Traditionalisierungsfalle identifiziert Rüling die durch die Koordination beruflicher Entwicklung der Eltern verursachte „Überforderung“. Diese Falle wirkt im Prozess und kann demzufolge nur punktuell untersucht werden. Hier hätte ich mir eine stärkere Kritik an den gegenwärtigen Arbeitsmarktstrukturen gewünscht. Bei den modernisierten „Vorreitern“ zeigen sich zwei Bewältigungsstrategien: durch die parallele Teilzeitarbeit beider Eltern wird ein längerer Ausstieg der Mutter verhindert, so dass weder berufliche Ungleichheiten noch Qualifizierungsdefizite entstehen und beide Eltern die häusliche Arbeitsteilung alternierend managen können. Dieses Modell setzt Vertrauen und gute Planung der Eltern voraus, wobei Rüling auf die Gefahr schleichender traditionalisierter Arrangements hinweist. Es ist bemerkenswert, dass beide Elternteile gleichermaßen nicht nur in Teilzeit arbeiten und auf berufliche Weiterentwicklung wert legen, sondern Teilzeit sogar eine Bedingung für berufliche Entwicklung sein kann. Gleichzeitig kritisiert Rüling zu Recht die ungenügende soziale Absicherung dieses Erwerbsmodells, z. B. in der Rentenversicherung.

Die geschlechtsspezifischen Deutungen bei Kinderbetreuung und Hausarbeit, die Paare zur Begründung ihrer eigenen Arbeitsteilung heranziehen, entpuppen sich als dritte Traditionalisierungsfalle. Das heißt, dass in der Bundesrepublik der Mutter häufig noch quasi-natürliche Kompetenzen bei Kinderbetreuung und Hausarbeit zugeschrieben werden. Die untersuchten „Vorreiterpaare“ versuchen, je nach Ost-/Westsozialisation, Bildungsniveau und Herkunft Bewältigungsstrategien zu entwickeln, z.B. Akzeptanz der frühen Fremdbetreuung des Kindes durch öffentliche Betreuungseinrichtungen (typisch für ostsozialisierte Paare) oder die Betonung der „natürlichen“ Bindung zum Kind von Mutter und Vater.

Die theoretische Diskussion der Traditionalisierungsfälle sowie die Fallanalysen eröffnen die Möglichkeit, Ideen zu deren Abbau zu formulieren. Selbst wenn viele Vorschläge nicht neu sind, treffen sie den Nerv der aktuellen familienpolitischen Diskussion: Abbau finanzieller Transfers, die das Ernährermodell fördern, Ausbau bezahlbarer Kinderbetreuungseinrichtungen auch für Kleinkinder, Ausbau familienpolitischer Leistungen, die es auch Vätern ermöglicht familienbedingte Auszeiten und Arbeitszeitverkürzung zu nutzen, Reorganisation der in Deutschland stark erwerbszentrierten sozialen Sicherungssysteme, Orientierung der Familienpolitik auch

an den Bedürfnissen einkommensschwächerer Familien, um nur einige Schlussfolgerungen zu benennen.

Die Arbeit ist systematisch aufgebaut, Begriffe werden definiert, Logiken werden reflektiert. Das Buch ist gut lesbar und somit Studierenden und auch PolitikerInnen sehr zu empfehlen.

Anneli Rüling, 2007: *Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen*. Frankfurt/M., New York: Campus, 293 S., ISBN 359338485X.

Tina Jung

Geschlechterdemokratie als „rhetorische Modernisierung“? Eine feministische ReVision

MIRJAM DIERKES

Der Begriff „Geschlechterdemokratie“ hat sich in bemerkenswert kurzer Zeit einen festen Platz in den einschlägigen öffentlichen und organisationsinternen Diskursen erobert. Tina Jung konstatiert in diesem Zusammenhang eine eklatante Differenz zwischen einerseits dem Ausmaß der diskursiven Aneignung des Begriffs und andererseits dessen theoretischer Reflektion und normativer Ausarbeitung. Jung zielt darauf, diese offensichtliche Diskrepanz zu bearbeiten und macht es sich zum Anliegen, den Begriff „Geschlechterdemokratie“ vor allem im Hinblick auf seine Anschlussfähigkeit an feministische Theoreme und Zielsetzungen zu überprüfen. Geleitet von diesem Anliegen entwickelt sie innovative Forschungsperspektiven, die vielversprechende Anknüpfungspunkte bieten, den Begriff „Geschlechterdemokratie“ theoretisch und normativ-politisch kritisch in eine feministische Perspektive zu integrieren.

Jung schlägt vor, für die Bewertung der aktuell existierenden Diskurse über „Geschlechterdemokratie“ das Konzept der „rhetorischen Modernisierung“ von Angelika Wetterer zu transformieren und nutzbar zu machen. Sie nimmt mit einer „Rückverlagerung“ des Forschungsinteresses eine konzeptionelle Öffnung des Begriffs der „rhetorischen Modernisierung“ vor: „Statt die Ungleichheits(re)produktion durch Geschlechterdemokratie vorauszusetzen und danach zu fragen, wie diese dem Blick und damit der Kritik und Überwindung entzogen wird, soll danach gefragt werden, ob und in welchem Kontext Geschlechterdemokratie als Strategie rhetorischer Modernisierung gelten kann.“ (19) Ziel ist es, zu analysieren, ob Geschlechterdemokratie, so wie sie derzeit umgesetzt und normativ aufgeladen ist, zur Verschleierung derjenigen Herrschaftsverhältnisse beiträgt, deren Überwindung sie zu versprechen scheint; - oder, ob sie (im Gegenteil) über normativ-aufklärerisches Potenzial für feministisch-emanzipatorische Theorie und Praxis verfügt. Hierfür operationalisiert Jung das Gerechtigkeitskonzept Nancy Frasers, das die gleichwertige Notwendigkeit

von „Umverteilung“ (von materiellen Ressourcen) und „Anerkennung“ als Basis jeglicher Konzeption von (Geschlechter-)Gerechtigkeit postuliert.

Mit dieser „(geschlechter-)demokratischen Forschungsperspektive“ ausgestattet macht sich die Autorin ans Werk, Erkenntnisse bezüglich der Umsetzung von Geschlechterdemokratie am Beispiel der Heinrich-Böll-Stiftung zu gewinnen und auszuwerten. In Bezug auf die forschungsleitende Frage, inwieweit das Konzept Geschlechterdemokratie im konkreten Beispiel als rhetorische Modernisierung gelten kann, kommt Jung dabei zu ambivalenten Befunden: Zwar attestiert sie den AkteurInnen der Heinrich-Böll-Stiftung, bspw. in Hinsicht auf das Personalmanagement, gleichstellungspolitische Erfolge. Der analytische Zugriff auf die theoretischen Diskurse und Diskussionen, die sich um die normative Aufladung des Begriffs herum gruppieren, enthüllt jedoch den „rhetorischen“ Charakter der vermeintlichen Modernisierung: Jung zeigt kritisch die (tendenzielle) Verabschiedung von Geschlecht als Strukturkategorie, die Individualisierung von Ungleichheit und Geschlechterwissen sowie eine marktökonomisch orientierte Sichtweise auf Fragen der Geschlechtergerechtigkeit in den von ihr skizzierten, aktuell innerhalb und außerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung hegemonialen Deutungsmustern von Geschlechterdemokratie auf.

Für die Erarbeitung von Gegenentwürfen, in Abgrenzung beispielsweise zu den explizit dialogisch orientierten (Implementierungs)modellen der Heinrich-Böll-Stiftung, schlägt Jung unter anderem vor, die konfliktäre Konfiguration geschlechterdemokratischer Umsetzungs- und Ausgestaltungsverfahren konzeptionell stärker zu betonen. Ihrer Analyse zufolge zeichnen sich die derzeit favorisierten Modi zur Herstellung von Geschlechterdemokratie – nicht nur innerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung, sondern beispielsweise auch in den Diskursen der (kritischen) Männerforschung – durch die Gemeinsamkeit einer konsens- und dialogorientierten Prägung aus, die es zu überarbeiten gelte. Die neben der Einforderung von Anerkennung erforderliche gleichgewichtige Fokussierung des Umverteilungsaspektes, den ein feministisches Konzept von Geschlechterdemokratie nicht aus den Augen verlieren sollte, verlangt nach einer Problemsicht, „die soziale, politische und ökonomische Prozesse immer auch als Teil von sozialen Kämpfen und Interessensgegensätzen versteht.“ (107)

Jung plädiert nachdrücklich dafür, den Begriff „Geschlechterdemokratie“ aus feministischer Perspektive nicht verloren zu geben. Er birgt ihrer Ansicht nach aussichtsreiche Chancen für eine innovative, herrschaftskritische Ausrichtung feministischer Theorie und Praxis, wenn es gelingt, mit ihm die Unvereinbarkeit von (Geschlechter-)Ungleichheit und Demokratie (verstanden als eine über die formale Ebene hinausweisende Form von Partizipation) auch theoretisch zu begründen.

Eine bemerkenswerte Leistung der Arbeit Jungs liegt darin, das gleichstellungspolitische und diskursive Umfeld, in dem Geschlechterdemokratie so zügig Anerkennung finden konnte, anschaulich und dabei stets auf ihr eigenes Forschungsobjekt hin orientiert abzubilden. Einerseits ermöglicht die Einbettung in gleichstellungspolitische Entwicklungen und Konzepte sowie in die Diskurszusammenhänge etwa innerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung sowie in (kritischer) Männerforschung und

in ökonomischen Diskursen eine Einordnung des konzeptionellen und normativen Gehalts von Geschlechterdemokratie in seinen aktuell vorherrschenden Versionen. Andererseits ermutigt diese „feministische ReVision“ von Geschlechterdemokratie, den Begriff nicht denjenigen zu überlassen, die dessen Modernisierungspotenzial vor allem in der Möglichkeit zur Abkehr von feministischen Gesellschaftsutopien veranschlagen.

Tina Jung, 2007: Geschlechterdemokratie als „rhetorische Modernisierung“? Eine feministische ReVision. Freiburg: Fördergemeinschaft wissenschaftlicher Publikationen von Frauen e.V. (fwpf), 148 S., ISBN 3939348104.

Alexandra Scheele

Arbeit als politisches Feld. Politikwissenschaftliche Perspektiven für die feministische Arbeitsforschung

ANNETTE HENNINGER

Alexandra Scheele verfolgt in ihrer Dissertation zwei Ziele: einen theoretischen Beitrag zur Konzeptionalisierung des Verhältnisses von Arbeit und Politik zu leisten (Teil I) und die im Rahmen des Forschungsprojekts „GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung“ durchgeführten Wissenschafts-Praxis-Kooperationen methodologisch zu reflektieren (Teil II). Ihre Ausgangsthese ist, dass der politikwissenschaftliche Mainstream sich bei der Analyse des Zusammenhangs von Arbeit und Politik meist auf Institutionen und organisierte Interessenvermittlung beschränke und damit zu kurz greife. Aus Geschlechterperspektive sei eine Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen zwischen Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen erforderlich sowie damit, was als Arbeit anerkannt und wie welche Tätigkeit bewertet wird. Scheele zeichnet zunächst kurz den Wandel von (Erwerbs-)Arbeit sowie des Arbeitsbegriffs nach und identifiziert fünf politische bzw. politisierbare Dimensionen von Arbeit: 1. Die Bedeutung von Macht und Herrschaft; 2. ihr emanzipatorisches Potenzial; 3. den Zusammenhang von „Arbeit“ und „Leben“; 4. die wechselseitige Angewiesenheit von Menschen und 5. den Wert und die Bewertung von Arbeit.

Sodann arbeitet die Autorin anhand von Einführungswerken und Veröffentlichungen in der Politischen Vierteljahresschrift heraus, dass in der deutschen Politikwissenschaft der Zusammenhang von Arbeit und Politik zumeist mit Blick auf Institutionen, Strukturen und Systeme thematisiert werde, womit sie ihre Ausgangsthese belegt. Die feministische Politikwissenschaft habe einen wichtigen Beitrag zur Kritik des Androzentrismus des Mainstreams geleistet, aber bei der Durcharbeitung politikwissenschaftlicher Theorien und Fragestellungen die Fokussierung auf Institutionen und organisierte Interessen reproduziert. Die Ursachen hierfür vermutet Scheele in der

Fachgeschichte sowie in der Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit in der politischen Ideengeschichte. Hierdurch werde „weder die Bedeutung individueller Arbeit und materieller Existenzsicherung für das Gefüge der politischen Öffentlichkeit noch die gesellschaftliche Arbeitsteilung thematisiert“ (59). In einem weiten, partizipatorischen Politikbegriff sieht Scheele Chancen für eine Politisierung von Arbeit, da so der Blick für Subjekte und Diskurse geöffnet werde und sich zeigen lasse, dass die Definition von Arbeit und ihre Erscheinungsformen bereits Ergebnis politischer Auseinandersetzungen seien. Am Ende des ersten Teils konzipiert Scheele unter Rückgriff auf Bourdieu Arbeit als politisches Feld. Bourdieus Feldbegriff erlaube es einerseits, Arbeit als von widersprüchlichen Interessen, Werten und Bedürfnissen sowie von Konflikten strukturiert zu fassen. Andererseits beschränkt sich sein Verständnis des politischen Feldes, so Scheeles Kritik, damit allein auf institutionalisierte Politik. Für die von ihr angestrebte Konzeptionalisierung des Verhältnisses von Arbeit und Politik sei ein weites Politikverständnis erforderlich, wofür sich Giddens' Begriff von *life politics* eigne, der alle Arten der Entscheidungsfindung über Wert- und Interessengegensätze oder existenzielle Lebensfragen umfasse.

Im zweiten, methodologischen Teil des Buches referiert Scheele kurz die sozial- und politikwissenschaftliche Reflexion über das Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis und die feministische Wissenschaftskritik, bevor sie den im GendA-Projekt entwickelten Ansatz des Wissenschafts-Praxis-Dialogs vorgestellt. Unter Bezugnahme auf die Aktionsforschung benennt Scheele folgende Prinzipien dieses Ansatzes: 1. gemeinsame und problemorientierte Themenfindung, 2. reflexive Zusammenarbeit und 3. Handlungsorientierung. Anschließend evaluiert die Autorin die Erprobung dieses Ansatzes in drei Forschungswerkstätten. Zwar könne das Verfahren den TeilnehmerInnen neue Perspektiven eröffnen; seine Grenzen lägen jedoch darin, dass die Kooperation möglicherweise mehr Fragen und Probleme aufwerfe als sie beantworten könne. Konfligierende Interessen im Feld und Unterschiede bzw. Vorbehalte zwischen Wissenschaft und Praxis könnten nur begrenzt aufgelöst werden. Zwar habe es Anstöße zu individuellen Veränderungen bei den TeilnehmerInnen gegeben, strukturelle Veränderungen würden aber vermutlich eher mittel- bis längerfristig erfolgen und seien schwer einzuschätzen.

Weiteren Forschungsbedarf sieht Scheele v. a. in der Analyse von Prozessen der Interessenartikulation und -durchsetzung im Feld der Arbeit unter Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht. Zudem sei zu fragen, wie sich die Ambivalenzen von Arbeit in konkreten Arbeitszusammenhängen zeigen, und es sei eine Reflexion über die Bedingungen des Agenda-Settings erforderlich, z.B. darüber, warum es gegenwärtig kaum möglich sei, einen Diskurs über die Qualität von Arbeit zu führen.

Scheele gelingt es in diesem gut lesbaren Buch, das Verhältnis von Arbeit und Politik politikwissenschaftlich zu reflektieren. Lesenswert ist insbesondere der Durchgang durch die Fachgeschichte zum Thema Arbeit sowie zur Methodologie-Debatte, ebenso die kritische Reflexion über Ausblendungen im feministischen Diskurs. Während ihre Stärke in der Breite der behandelten Themen liegt, fehlt es jedoch an einigen

Stellen etwas an analytischer Tiefe: So werden die eingangs vorgestellten Dimensionen im weiteren Verlauf nicht systematisch aufgegriffen, und die konzeptionellen Widersprüche, die sich aus der Kombination von Bourdieus Konzept von Politik als Feld mit eigenen Logiken und Regeln mit Giddens' weitem Politikbegriff ergeben, werden von der Autorin nicht aufgelöst. Den eingangs erhobenen konzeptionellen Anspruch kann Scheele damit nur begrenzt einlösen. Gleichwohl ist das Buch eine spannende Lektüre für alle, die sich für eine Politisierung von Arbeit und Geschlecht interessieren.

Alexandra Scheele, 2008: Arbeit als politisches Feld. Politikwissenschaftliche Perspektiven für die feministische Arbeitsforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, 243 S., ISBN 978-3-89691-677-8.

Brigitte Young (Hg.)

Die Politische Ökonomie des Dienstleistungsabkommens (GATS). Gender in EU und China

MARTINA PADMANABHAN

Die von Brigitte Young herausgegebene Studie vereint in sieben Kapiteln gemeinsame und alleinstehende Beiträge von vier AutorInnen, um die Wechselwirkungen zwischen den jeweiligen Gender-Verhältnissen und den Finanz- und Handelspositionen eines Landes zu untersuchen. Im Zentrum steht die Frage, wie die Liberalisierung der globalen Finanzmärkte und des Handels sich auf die Geschlechterverhältnisse auswirken. Kern der Untersuchung bilden zwei empirische Fallstudien: eine zur Situation von Gender und Dienstleistung in der EU (*Adam Widera*) und die zweite zum Nexus von Gender, Handelsliberalisierung und sozialer Sicherheit nach dem WTO-Beitritt Chinas (*Christa Wichterich*). Eingebettet sind die beiden Untersuchungen in eine theoretische Auseinandersetzung zu Governance im Bereich Handel-Gender-Finzen (*Brigitte Young*), eine Darlegung der Struktur und der wichtigsten Prinzipien des „General Agreement on Trade in Services“ (GATS) aus Gender – Perspektive (*Markus Kerkmann*), sowie einer abschließenden Bewertung der politischen Gestaltung der Handelsliberalisierung (*Young*), die hier gemäß der Reihenfolge des Buches besprochen werden.

Das Verdienst des Buches ist es, das kaum untersuchte Analysedreieck „Handel, Gender, Finanzen“ in den Fokus zuzunehmen und die Widersprüchlichkeit der Liberalisierungsprozesse aufzuzeigen, obwohl die Datenlage bislang unzureichend ist. Am Beispiel der EU und China – mit ähnlicher wirtschaftlicher und geographischer Größe und vergleichbarer Bedeutung als regionale Mächte einerseits und ökonomische Märkte andererseits – werden zwei unterschiedliche Gesellschaftsmodelle

analysiert. Die Brisanz der Entwicklung in China liegt im erst 2001 erfolgten WTO Beitritt und der engen Verknüpfung von Planwirtschaft mit einem umfassenden sozialen Sicherungssystem (zumindest für die städtische Bevölkerung).

Young beschäftigt sich differenziert mit der These, dass die Öffnung der Märkte zur Armutsminderung in Entwicklungsländern beitrage und dadurch die herrschende Diskriminierung von Frauen ineffizient erscheinen lasse, und konstatiert einen großen Forschungs- und Theorieentwicklungsbedarf mit dem Ziel „Engendering macroeconomics“. Der Überblick von *Kerkmann/Young* zeigt, dass der Dienstleistungssektor überaus segmentiert ist und somit die geschlechtsspezifischen Konsequenzen der Liberalisierung ihres Handels ambivalent ist. Weiterhin geht *Kerkmann* ausführlich auf die Zusammenhänge von GATS und Gender ein. So verbleiben Regelungen zu staatlichen Dienstleistungen unklar, da sie einerseits aus GATS ausgeschlossen sind, wenn sie „in Ausübung hoheitlicher Gewalt“ (GATS, Art I.3b:107) vollbracht werden, andererseits aber unter den Vertrag fallen, wenn sie zu kommerziellen Zwecken und im Wettbewerb mit privaten Dienstleistungsanbietern erbracht werden.

In seiner Analyse des Fallbeispiels EU hebt *Widera* zwei zentrale Elemente für die Gender-Analyse der Liberalisierung der Dienstleistungen hervor: Einerseits die Auswirkungen auf formelle und informelle Arbeitsmärkte, die bereits Lohn- und Beschäftigungsdifferenzen aufwiesen und andererseits die Konsequenzen auf die Regulationsweise der sozialen Reproduktion, insbesondere das Verhältnis von öffentlich und privat. Die Analyse der möglichen geschlechterspezifischen Auswirkungen des GATS in der EU kann laut *Young* nur indirekt auf Grundlage bestehender Regulierungen und geplanter Reformen erfolgen. Zudem seien Liberalisierungen in der Dienstleistungsbranche nur bedingt auf GATS zurückzuführen, da für den Bereich öffentlicher Dienstleistungen die EU weitgehende Ausnahmen vorgelegt habe. Das formelle Beschäftigungspotential könne die höhere Arbeitslosigkeit von Frauen abbauen und ihre Präsenz als Unternehmerinnen erhöhen. Dem stehen geschlechtsspezifische Risiken insbesondere für Frauen mit geringer Qualifikation gegenüber, wenn das Wachstum mit niedriger Entlohnung und Teilzeitbeschäftigung sowie befristeten Verträgen verbunden sei. Frauen würden neuen sozialen Risiken und deren Individualisierung als Arbeitnehmerin und einer Beeinträchtigung der Qualität sozialer Dienste als Konsumentinnen ausgesetzt.

Die überaus spannend zu lesende Fallstudie China besticht durch ihre Pionierarbeit auf der Basis von umfangreichen Recherchen und Interviews. Die Genderperspektive ist hier besonders fruchtbar, da einerseits Gleichstellung weiterhin ein Kern der Legitimationsideologie des chinesischen Staates darstellt, andererseits wird mit dem WTO-Beitritt der Transformationsprozess und die kontinuierliche Entstaatlichung und Privatisierung der Ökonomie weitergeführt. *Wichterich* verdeutlicht die Konsequenzen von GATS für den Staat, der seine Regulierungsmechanismen abbauen muss und durch eine Verrechtlichung die Marktöffnung vorantreibt. Die relative sozialistische Geschlechteregalität wird nun durch geschlechtsspezifische Marktsegmentierung, Lohn disparitäten und die Wiederherstellung geschlechtshierarchischer

Arbeitsteilung abgebaut. Die Diskriminierung von Frauen in arbeitsintensiven, informalisierten und niedrig entlohnten Wirtschaftssegmenten sei dabei funktional für die chinesische Wettbewerbsfähigkeit. Die Tendenz zur Re-Akzentuierung von Geschlechtsunterschieden sei zu beobachten, wenn auch gesicherte, disaggregierte Zahlen fehlten, die signifikante Veränderungen durch den WTO Beitritt belegten. Die soziale Polarisierung im Land lasse den politischen Druck wachsen, neue soziale Sicherungssysteme aufzubauen. Deren Gestaltung sei durch die Finanzierungsprobleme des Staates und die Interessen internationaler Finanzdienstleister an der Erschließung und Integration des chinesischen Kapitals gekennzeichnet. *Wichterich* zeigt bestechend, wie soziale Reproduktion und Absicherung zunehmend über den Finanzmarkt erreicht werden sollen und das Sozialsystem auf Eigenverantwortung ausgerichtet werde, was systematisch Frauen mit kürzen Arbeitszeiten, informellen Beschäftigungen und niedrigem Einkommen diskriminiere. Damit führe die Sozialpolitik die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt fort, um den Preis des hohen Risikos weiblicher Altersarmut.

Abschließend diskutiert *Young* die Integration einer Gender-Agenda in die WTO um den unterschiedlichen Abkommen zu sozialen Rechten zu entsprechen. Eine Allianz verschiedener gesellschaftlicher Kräfte sei gefordert, um eine Veränderung im Sinne einer Aufhebung der sozialen und geschlechtsspezifischen Ungleichheit zu erreichen. Politische Maßnahmen dürften nicht nur national ausgerichtet sein und eine Gleichrangigkeit der verschiedenen internationalen Abkommen müsse erreicht werden. Dieses Buch ist ein fundierter Beitrag zur Debatte über die geschlechtsspezifischen Konsequenzen von Handel und zeigt darüber hinaus theoretische und empirische Herausforderungen auf, um eine feministische Analyse globaler ökonomischer Ordnungen weiter gewinnbringend voranzutreiben.

Brigitte Young (Hg.), 2007: Die Politische Ökonomie des Dienstleistungsabkommens (GATS). Gender in EU und China. Baden-Baden: Nomos, 304 S., ISBN 978-383296007.

Stefanie Wöhl

Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik

CAREN KUNZE

Die Diskussion um Gender Mainstreaming wurde in den letzten Jahren intensiv geführt und stellt weiterhin einen zentralen Bezugspunkt feministischer Forschung dar. Einen wichtigen Beitrag zu dieser Debatte leistet Stefanie Wöhl mit ihrer Dissertation, indem sie die Frage nach der Wirkungskraft von Gender Mainstreaming mit einer Analyse des auf Wettbewerb ausgerichteten europäischen Integrationsprozesses

verknüpft. Dabei geht sie davon aus, dass die Logik des Wettbewerbs, explizit in der Lissabonstrategie formuliert, die Parameter für politisches Handeln in der EU setzt. Wöhl fokussiert in ihrer Studie exemplarisch auf die Beschäftigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland und entwickelt die These, dass geschlechterpolitische Instrumente wie Gender Mainstreaming nur vor dem Hintergrund dieses Wettbewerbsparadigmas betrachtet werden können. Feministisches Wissen und ihre Politiken – bei der Umsetzung in der Beschäftigungspolitik auf unternehmerische Rationalität zugeschnitten – stabilisieren bisher den neoliberalen makroökonomischen Restrukturierungsprozess der EU, da diesem kein alternativer Gesellschaftsentwurf entgegengesetzt wird.

Den theoretischen Ausgangspunkt von Wöhl markiert die noch immer wenig bearbeitete systematische Integration der Kategorie Geschlecht in den Aufbau, die Struktur und die institutionellen Apparate des Staates. Ausgehend von einer Konzeptionalisierung von Geschlecht, die sowohl dessen diskursive Konstruktion sowie die gelebte materielle Existenz als Frau in den Blick nimmt, spannt sie den Bogen zur historisch-materialistischen Staatstheorie. In Anlehnung an Gramscis Konzeption des integralen Staates zeigt Wöhl die Eingewobenheit von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen im Staat auf, wodurch sie die Konstruktion von politischem Maskulinität als handlungsleitendes Prinzip der Gesellschaft als einen in der Zivilgesellschaft verankerten Kampf um Hegemonie sichtbar macht. Des Weiteren greift sie – auf an Poulantzas anschließende Staatstheorien rekurrierend – den Staat nicht nur als soziales Verhältnis, sondern auch als Geschlechterverhältnis. Die daran anknüpfende Integration einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive ermöglicht, verschiedene Ebenen zu verbinden, auf denen Machtverhältnisse wirksam sind. Dabei wird sichtbar, wie das Denken und Handeln der individuellen Subjekte mit makropolitischen Strategien und langfristig wirksamen Strukturen verbunden ist. Der Staat fungiert hier als Knotenpunkt, der die Verankerung von Machtverhältnissen im Privaten und Subjektiven gewährleistet.

Im Folgenden zeichnet Wöhl den Rahmen des europäischen Integrationsprozesses nach. Wöhl stellt den Zusammenhang von europäischer Wirtschafts- und Währungsunion mit der Beschäftigungspolitik und der Arbeitsmarktsituation in Deutschland überzeugend her, der nur vor dem Hintergrund der wettbewerbsstaatlichen Ausrichtung verstanden werden kann. In der empirischen Analyse führt Wöhl die zuvor entfalteten Ansätze anhand der Analyse von Gender Mainstreaming in der europäischen Beschäftigungsstrategie und der Umsetzung in der bundesdeutschen Beschäftigungspolitik exemplarisch zusammen. Sie untersucht die europäische „Offene Methode der Koordinierung“ für die Beschäftigungspolitik aus der in den ersten beiden Kapiteln entworfenen staats-theoretischen Betrachtung. Aus ihrer Argumentation ergibt sich, dass Geschlechterverhältnisse auf widersprüchliche Weise in die politischen und sozialen Transformationsprozesse der europäischen Integration eingebunden werden. Anhand mehrerer Beispiele zeigt sie, wie Modernisierungen in den Geschlechterver-

hältnissen einerseits durchaus zugelassen, andererseits auch traditionelle Elemente im heterosexuellen Geschlechterverhältnis reproduziert werden.

Vor dem Hintergrund ihrer Ergebnisse wirft Wöhl im letzten Kapitel Fragen nach Möglichkeiten emanzipatorischer feministischer Politik auf, indem sie das Problem der Einbindung herrschaftskritischen Wissens in neoliberale Regierungspraktiken diskutiert und benennt, was feministische Forschung leisten müsste, um dieser Entwicklung entgegenwirken zu können. Denn Politiken wie Gender Mainstreaming können bisher nur eine Angleichung der Geschlechter in „bestehende Strukturen, Arbeitsverhältnisse und Institutionen“ (218) bewirken, da die geschlechtsspezifischen selektiven Herrschaftsstrukturen und hierarchischen Organisationsformen des Staates durch neoliberale Politiken nicht in Frage gestellt werden. Die Tatsache, dass Gender Mainstreaming in der konkreten Ausgestaltung als neoliberale Regierungstechnologie des Staates und suprastaatlicher Geschlechterpolitiken wirkt, führt zu einer selektiven Modernisierung der Geschlechterverhältnisse. Indem Wöhl die Verzahnung der Modernisierung der Geschlechterverhältnisse mit den auf Wettbewerb ausgerichteten staatlichen Hegemonialprojekten aufzeigt, gelingt es ihr ebenfalls zu zeigen, inwiefern Gender Mainstreaming den „neoliberalen Umbau europäischer Gesellschaften zusätzlich stabilisiert“ (220) und die bessere Nutzung der „Humanressource Frau“ (220) mit unternehmerischer Rationalität verbindet.

Mit dieser Arbeit ist der Versuch gelungen, eine Analyseperspektive zu entwickeln, mit der die Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit, Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und makroökonomische Entwicklungen zusammengedacht und aus staatstheoretischer Perspektive bewertet werden können. Wöhl hat dabei aus vielfältigen theoretischen Ansätzen nutzvolle Konzepte als Werkzeuge heraus destilliert, anstatt einzelne Ansätze ausführlich durcharbeiten. Dies hat sich als fruchtbare Vorgehensweise herausgestellt, um den Gegenstandsbereich umfassend in den Blick zu bekommen. Damit richtet sich die Publikation an Studierende und Forschende, die an einer feministischen Erweiterung und Operationalisierung staatstheoretischer Überlegungen und an Analysen des europäischen Integrationsprozesses interessiert sind sowie Chancen und Grenzen feministischer Politik theoretisch fundiert ausloten wollen. Die Autorin verdeutlicht die Zusammenhänge am Ende jedes Teilkapitels und bettet anstehende Inhalte ein, was für die LeserInnen hilfreich ist.

Stefanie Wöhl, 2007: *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik*. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 250 S., ISBN 978-3-89741-249-1.

Anne Phillips

Multiculturalism without Culture

ALEXANDRA SCHEELE

Der Begriff Multikulturalismus stand lange Zeit für die Idee einer vielfältigen Gesellschaft, in die unterschiedliche Sprachen, Ethnien, Religionen – kurz: Kulturen einfließen. Verbunden war dies mit dem politischen und gesellschaftlichen Anspruch, über Anerkennung und Toleranz zu einem friedvollen Miteinander zu kommen. Seit einigen Jahren – und das ist auch der Ausgangspunkt für die britische Politikwissenschaftlerin Anne Phillips – wird diese Idee, die nur in wenigen Ländern überhaupt zur offiziellen Maxime der Integrationspolitik gehörte, jedoch im öffentlichen und politischen Diskurs zunehmend als gescheitert diskutiert. Nicht erst seit dem 11. September 2001 (wenngleich dieses Datum vielfach als Referenzpunkt dieser Zäsur gilt) haben die Ressentiments gegenüber anderen Kulturen bzw. als solche gedeuteten Unterschiede zugenommen. Ängste vor einer Radikalisierung ethnisch-kultureller Minderheiten bzw. vor einer terroristischen Unterwanderung durch Eingewanderte vermischt mit faktischen Problemlagen (Bildung, Arbeitslosigkeit etc.) infolge der oftmals nur unvollständigen sozialen und ökonomischen Integration haben in vielen westlichen Ländern die Kontroversen über eine „richtige“ Einwanderungs- und Integrationspolitik verschärft. Beispiele dafür sind der Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo van Gogh und das nachfolgende Verbot für Frauen, in der Öffentlichkeit eine Burka zu tragen, oder auch die Diskussion über Parallelgesellschaften und die Notwendigkeit einer Leitkultur, die sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien geführt wurde und die ähnliche politische Maßnahmen – Staatsbürger- bzw. Einwanderungstest – nach sich zog.

Während nun vielfach die Idee des Multikulturalismus nicht nur als gescheitert bezeichnet wird, sondern sogar selbst als Ursache für vielfältige gesellschaftliche Probleme ausgemacht wird, plädiert Phillips in ihrem sehr lesenswerten Buch dafür, an diesem Konzept festzuhalten. Allerdings solle Multikulturalismus dabei weder als Umschreibung für Assimilierung verstanden werden noch als großzügiges und von realen Machtungleichheiten absehendes Weltbürgertum. Vielmehr gehe es um einen Multikulturalismus „that dispenses with the reified notions of culture that feed those stereotypes to which so many feminists have objected, yet retains enough robustness to address inequalities between cultural groups; a multiculturalism in which the language of cultural difference no longer gives hostages to fortune or sustenance to racists, but also no longer paralyses normative judgement“ (8).

Die Anforderungen, die Phillips an ein neues Verständnis von Multikulturalismus stellt, schließen direkt an die zwei Beobachtungen an, die sie dazu veranlasst haben, dieses Buch zu schreiben: Zum einen hat sie den Eindruck gewonnen, dass die feministische Idee durch kulturelle Differenz paralytisiert werde. So hätten die Ängste

vor einem kulturalistischem Imperialismus zu einer Art Relativismus geführt, der es schwierig mache, irgendeinen Glauben oder eine Praxis als frauenunterdrückend zu bezeichnen oder dafür zu kritisieren, dass sie im Widerspruch zum normativen Ziel der Geschlechtergleichheit stehen. Zum anderen hat sie immer häufiger festgestellt, dass außerhalb der feministischen Debatte eben genau diese Prinzipien der Geschlechtergleichheit als Teil einer „Dämonisierung“ von kulturellen Minderheiten eingesetzt werden, also Frauenrechte als Argument für die kulturelle Kritik an anderen Kulturen erhalten müssen. Dabei werde häufig offenkundiger Rassismus in sozial akzeptierte Kritik verwandelt, indem gesagt werde, dass Minderheiten ihre Frauen einsperren, minderjährige Mädchen verheirateten und Töchter und Ehefrauen nötigten, einen Schleier zu tragen. In dieser Argumentation werde dann das Verhalten von Individuen verkürzt mit dem Hinweis auf ihre Kultur erklärt: „They‘ have cultural traditions; I‘ have moral values“ (31). So werde eine Hierarchie hergestellt zwischen „uns“ und „den anderen“.

Sie selbst hofft „to cut through these dilemmas with an unshamed normative commitment to the principle of equality, and a demonstration that this implied support for both multiculturalism and womens‘ equality and rights“ (3, Herv. i.O.).

In den sechs Kapiteln des Buches setzt sich Phillips mit politischer und feministischer Theorie auseinander, bezieht aber ebenso philosophische, anthropologische und juristische Perspektiven ein, um die Vorstellung einer unveränderbaren „kulturellen“ Einheit, bei der unterstellt wird, dass der/die Einzelne ohne Autonomie und Eigensinn existiert, zu demontieren. Demgegenüber müsse die Einzigartigkeit und Handlungsfähigkeit des Individuums betont werden. Denn auch wenn Geschlecht, soziale Klasse oder auch Kultur Einfluss auf die Menschen haben, entstehen entlang dieser Dimensionen – wie ja auch die feministische Debatte um Differenz und Anerkennung gezeigt hat – nicht binäre Gegensätze zwischen einzelnen Personen oder Gruppen, sondern zugleich gibt es genauso viele Ähnlichkeiten zwischen diesen, weshalb die Vorstellung einer homogenen Gruppe der Frauen oder auch der Moslems, InderInnen etc. zurückgewiesen werden. Wenn also die feministische Debatte sich der Aufgabe stellen musste, einen Feminismus ohne Frauen zu denken, dann müsse man auch einen Multikulturalismus ohne Kultur denken können.

Phillips ist sich über die Schwierigkeit im Klaren, dass ihre Überlegungen in der politischen und juristischen Praxis nicht immer einfach umzusetzen sind. So gäbe es z.B. ein Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit, jungen Frauen vor arrangierten Ehen Schutz zu bieten, einerseits, und der Anerkennung ihrer Handlungsmacht. Deshalb sieht sie einen ersten Ansatzpunkt, um zu entscheiden, ob bestimmte Personen(gruppen) eine bestimmte kulturelle Praxis bewusst gewählt haben, oder ob sie Opfer von Unterdrückung geworden sind. Darüber hinaus bedarf es einer stärkeren Beteiligung von BürgerInnen kultureller Minderheiten in den gesetzlichen und den deliberativen Prozess – wobei diese dann ebenso wenig als RepräsentantInnen „ihrer“ Gemeinschaft betrachtet werden sollen, sondern als Individuen. Die Stärke des Buches liegt jedoch weniger in der Formulierung von konkreten Politikempfeh-

lungen, sondern in der theoretisch-analytischen und doch auf konkreten Beispielen basierenden Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff und seiner Funktion als Abgrenzungskategorie in der Realität einer multikulturellen Gesellschaft.

Anne Phillips, 2007: *Multiculturalism without Culture*. New Jersey, Oxfordshire: Princeton University Press, 202 S., ISBN-10: 0-691-12944-4.

Theresia Wintergerst

Skepsis und Freude. Politische Selbstorganisation und die Philosophie Luisa Muraros

HEIKE KAHLERT

1988 erschien in Deutschland erstmals das ein Jahr zuvor in Italien veröffentlichte viel diskutierte Kultbuch der Frauen aus dem Mailänder Frauenbuchladen, der *Libreria delle donne di Milano*, „Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis“. Bis weit in die neunziger Jahre hinein wurde in der deutschen Frauenbewegung intensiv das Für und Wider des „Affidamento“, der Politik der anerkennenden (Autoritäts-)Beziehungen unter Frauen, erörtert und in praktische Politik umzusetzen versucht. Zeitgleich erschienen weitere Übersetzungen der in Italien veröffentlichten Schriften „der Mailänderinnen“ und der diesen theoretisch nahe stehenden Veroneser Philosophinnengemeinschaft *Diotima*. Die deutschsprachigen Veröffentlichungen der beiden Gruppierungen angehörenden, auch in Deutschland bekannten Philosophin Luisa Muraro, darunter vor allem die Monographie „Die symbolische Ordnung der Mutter“ (dt. 1993), bilden den Ausgangspunkt der hier zu besprechenden Buchpublikation von Theresia Wintergerst, die aus ihrer Dissertation hervorgegangen ist. In Muraros Philosophie sucht Wintergerst Antworten auf die Frage, welche Bedeutung Affirmation im politischen Bewusstsein hat: „Ist sie grundsätzlich ein Ausdruck, dass bestehende Ideologien gerechtfertigt werden und Vorhandenes zementiert wird oder ist sie ein notwendiger Antrieb für politisches Handeln?“ (9) Die Bedeutung der Philosophie Muraros für den Prozess der politischen Selbstorganisation will Wintergerst am Beispiel von Nichtregierungsorganisationen und den in ihnen stattfindenden Bewusstseinsbildungsprozessen konkretisieren.

Ihr Vorgehen besteht wesentlich in einer theorieimmanenten Rekonstruktion von Muraros Denken, das zunächst in der italienischen Frauenbewegung verortet und auf den Strukturalismus und Poststrukturalismus als Einflussgrößen bezogen (Kap. 2) und in Auseinandersetzung mit der Idee der „symbolischen Ordnung der Mutter“ entfaltet wird (Kap. 3). Eine Zwischenbilanz zum Ertrag von Muraros Theorie für den Fokus der Arbeit schließt diesen ersten Teil ab (Kap. 4): Muraro zeige, wie das Subjekt eine innere Freiheit generieren könne, die es ihm erlaube, von herrschenden

Ideologien nicht kolonisiert zu werden und originell sprechen und denken zu können (140f.). Im zweiten Teil der Arbeit setzt sich Wintergerst dann mit den praktischen Folgerungen von Muraros Theorie auseinander. Dabei analysiert sie erst einmal die Vorschläge für „eine neue politische Praxis“ des Autorinnenkollektivs aus dem Mailänder Frauenbuchladen (Kap. 5). Danach überprüft sie die Transfermöglichkeiten des Politikkonzepts in einen praktischen Kontext, nämlich den der politischen Bildungsarbeit in Nichtregierungsorganisationen (Kap. 6.), und bewertet diese abschließend (Kap. 7). Die Studie mündet in die Benennung von Konsequenzen für die Rolle der Person, die politische Bildungsarbeit betreibt, und vor allem in methodische Anregungen für die politische Bildungsarbeit. Wintergerst schlussfolgert: „Muraros Philosophie ermöglicht ein Denken, das gegenüber dem Empfinden und Genießen offen ist, das aus dem Unbehagen der Skepsis und dem Behagen der Freude, aus Gefühlen und Erleben Einsichten zu gewinnen vermag, die auch für das politische Handeln von großer Bedeutung sind.“ (232)

Ein wesentliches Verdienst der Autorin ist die Auseinandersetzung mit Muraros deutschsprachigen Schriften, die im hiesigen Kontext bisher kaum betrachtet wurden und durch diese Arbeit wieder in Erinnerung gerufen werden. Innovativ ist auch die argumentative Verbindung der Philosophie Muraros mit der Studie von Julie Fisher, die den Zusammenhang von nachhaltiger Entwicklung und Nichtregierungsorganisationen in der „dritten Welt“ untersucht hat. Die Zusammenführung der Ergebnisse Fishers mit dem Denken Muraros überzeugt zwar, gerade auch im Hinblick auf die praktischen Impulse für die politische Bildungsarbeit, lässt aber offen, inwiefern Fishers Erträge zur entwicklungspolitischen Diskussion um den Einfluss zivilgesellschaftlicher Bewegungen auf einen nordeuropäischen (Kultur-)Kontext übertragbar sind. Dies zu reflektieren und zu überprüfen, bleibt noch zu leistender empirischer Forschung vorbehalten. Trotz des bestechenden „roten Fadens“ in der Argumentation der Autorin wünscht man sich etwas weniger Affirmation und mehr Kritik gegenüber dem Rezipienten. Insbesondere bei der Darstellung der Vorschläge aus „der Affidamentobewegung“ verbleibt die Darstellung auf dem Stand der in Deutschland diesbezüglich bereits sehr kritisch geführten Diskussion. Wünschenswert wären auch etwas weniger sprachliche Ungenauigkeiten und Flüchtigkeitsfehler in Grammatik und Rechtschreibung sowie ein großzügigerer Umgang mit der Kommasetzung gewesen. Fazit: Die Studie ist vor allem für diejenigen lesenswert, die sich für die Rezeption und Weiterentwicklung der politischen Philosophie „der Italienerinnen“ und für theoriegeleitete politische Bildungsarbeit interessieren.

Theresia Wintergerst, 2006: Skepsis und Freude. Politische Selbstorganisation und die Philosophie Luisa Muraros. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 239 S., ISBN 978-3-89741-195-4.

Robin Bauer, Josch Hoenes, Volker Woltersdorff (Hg.)

Unbeschreiblich männlich. Heteronormativitätskritische Perspektiven

TANJA MAIER

Seit mehreren Jahren lässt sich ein zunehmendes Interesse an der Untersuchung von Männlichkeiten/Maskulinitäten beobachten. Was in Teilen der Geschlechterforschung und der kritischen Männerforschung nach Ansicht der Herausgeber des vorliegenden Bandes allerdings bisher zu wenig berücksichtigt wurde, ist die Frage nach sexuellen Praktiken und Identitäten sowie die Untersuchung von männlichen Weiblichkeiten bzw. weiblichen Männlichkeiten. Fluchtpunkt aller Beiträge ist die Annahme einer diskursiven Konstruiertheit von Geschlecht und Sexualität. Die Herausgeber und die Beitragenden des Bandes befassen sich aus einer queeren Perspektive mit der Konstruktion und Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und der Heteronormativität. Außerdem untersucht der Band „queere Männlichkeiten und richtet eine queere Perspektive auf normative Männlichkeiten“ (5). Neben einem Vorwort von Stefanie von Schnurbein und der Einleitung durch die Herausgeber versammelt der Band insgesamt 18 Beiträge sowie eine Liste mit Literaturempfehlungen. Die einzelnen Texte des Bandes sind in sechs Rubriken angeordnet, deren thematische Klammer allerdings nicht immer leicht nachzuvollziehen ist.

Die Beiträge thematisieren heterogene Gegenstände bzw. (sub-)kulturelle Praktiken. Die Bedeutungen der Zweigeschlechtlichkeit und der Heteronormativität werden in medialen, literarischen und künstlerischen Texten untersucht, aber auch innerhalb von subkulturellen und hegemonialen Räumen und Diskursen, wie z.B. in Fetisch- und SM-Szenen (*Volker Woltersdorff*), als schwule Identitätskonstruktionen im Militär (*Andreas Heilmann*) oder im Kontext von Drag-King-Performances (*Uta Schirmer*). Mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen wird analysiert, wie in diesen Repräsentationen und Praxen die Identitätslogik, die heteronormative Zweigeschlechtlichkeit und die Hetero-/Homo-Dichotomie reproduziert und/oder durchkreuzt wird. Das Besondere des Bandes ist, dass er Interdependenzen von Männlichkeiten und Sexualitäten immer im Zusammenhang mit anderen Machtkonstellationen – wie Staat, Nation, Ethnizität, Religion, Weiblichkeit, Alter oder Verwandtschaft – untersucht. Im Einzelnen gehen die Beiträge einem weit gefächerten Themenspektrum nach. Um nur einige wenige zu nennen: In dem Beitrag von *Nina Degele* wird eine theoretische Grundlegung der Begriffe Männlichkeit und Heteronormativität entfaltet. Heteronormativität bestimmt sie im Gegensatz zu queer „als binäres, zweigeschlechtlich und heterosexuell organisiertes und organisierendes Wahrnehmungs-, Handlungs- und Denkschema“ (30). Männlichkeiten begreift sie als relationalen, habituellen und multiplen Begriff des Alltagswissens. Anhand von Ergebnissen aus Gruppengesprächen zeigt sie, inwiefern Schmerz für die Herstellung von Männlichkeit konstitutiv ist und

dabei immer nur in Abgrenzung zu Weiblichkeit funktioniert. Abschließend problematisiert sie die Kategorie Männlichkeit, insofern dieser Begriff binär und hierarchisch organisiert sei.

Josch Hoenes nimmt künstlerische Männlichkeitsaneignungen in den Blick, die nicht an einen als männlich definierten Körper geknüpft werden. Hierfür untersucht er den Bilderzyklus *God's Will* von Loren Cameron und verdeutlicht, wie dieser bisherige, pathologisierende Inszenierungen von Transsexualität hin zu positiven Subjektpositionen verschiebt. *Hoenes* kann zeigen, wie diese Bilder, unter Rückgriff auf Vorstellungen von Männlichkeit und spezifische Darstellungsparameter, zu einer Entnaturalisierung der heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit beitragen, um so nicht-hegemoniale Artikulationen von Subjektivität und gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zuzulassen. Zugleich weist er auf Ausschlüsse und neue Hierarchisierungen hin, die mit den Bildern Camerons einhergehen.

Renaud Lagabrielle zeigt anhand von zeitgenössischer frankophoner Maghreb-Literatur, wie sich westliche und maghrebische Konstruktionen von (Homo-)Sexualität und Männlichkeit unterscheiden. Er analysiert die Regulierungsmechanismen von Geschlecht und Sexualität im Zusammenspiel mit traditionell-religiösen Diskursen. Dabei macht er auf Unterschiede zu westlichen Modellen der Homosexualität aufmerksam und verdeutlicht, dass in den maghrebischen Erzählungen der Binarismus von Homo- und Heterosexualität in Frage gestellt wird. Zugleich kann jedoch, so *Lagabrielle*, von einer queeren Perspektive keine Rede sein, da das islamische Modell in hierarchische und gewaltvolle Geschlechterverhältnisse eingebunden sei.

Sven Glawion geht davon aus, „dass Heteronormativität nicht unabhängig von ihrem politischen Kontext zu denken ist, weshalb sie im Sozialismus anders funktionieren muss als im Kapitalismus“ (77). Er erforscht anhand des DDR-Sexualratgebers „Mann und Frau intim“ von Siegfried Schnabl, wie Männlichkeiten normiert und an ein je spezifisches Staatsverständnis angepasst werden. Zudem kann er zeigen, wie die Heterosexualität immer wieder als Norm und Normalität konstruiert wird.

Die wenigen ausgewählten Beispiele können nur andeuten, wie breit angelegt die Fragestellungen und Forschungsthemen in den Beiträgen des *Readers* sind. Hier zeigt sich aber auch eine Schwäche des Bandes: Es wäre wünschenswert gewesen, das Forschungsfeld klarer zu strukturieren und die Beiträge in diesem Feld zu verorten. Was den Band wiederum inhaltlich zusammenhält, ist der explizit politisch orientierte Zugang, der sich bereits mit dem Begriff „Heteronormativitätskritik“ im Titel stellt. Alle Beiträge fragen nach den subversiven und/oder herrschaftskonformen Potentialen von medialen, kulturellen und historischen Repräsentationen, Praxen und Szenen, sie beleuchten das Spannungsfeld zwischen deren stabilisierenden und destabilisierenden Effekten. Insgesamt handelt es sich um ein kritisches und lesenswertes Buch, das seiner Zielsetzung gerecht wird und einen interessanten Einblick in die deutschsprachige kritische Männlichkeitsforschung und Queer Theory gibt.

Robin Bauer, Josch Hoenes, Volker Woltersdorff (Hg.), 2007: Unbeschreiblich männlich. Heteronormativitätskritische Perspektiven. Hamburg: Männerschwarm Verlag, 320 S., ISBN 978-3-939542-01-8.

Agnes Neumayr (Hg.)

Kritik der Gefühle. Feministische Positionen

LISA GENSLUCKNER

Vor dem Hintergrund einer Tendenz zur Emotionalisierung des Politischen erhält der Sammelband „Kritik der Gefühle“ seine besondere Relevanz: Die „späte Entdeckung der Gefühle“ (142) im politikwissenschaftlichen Mainstream, die nach *Erna Appelt* auf die „Tiefenstrukturen des abendländischen politischen Denkens“ (128) verweist, hat, wie *Erika Thurner* betont, Analyse und Bewertung von Gefühlen in der Politik bislang weitgehend den „Spekulationen des Tages- und Hochglanz-Journalismus oder populärwissenschaftlichen Debatten“ (9) überlassen. Demgegenüber bieten zahlreiche Beiträge dieses Sammelbandes ein begriffliches Instrumentarium zur Analyse aktuellen Geschehens, aber auch zur Kritik an dessen Tiefenstrukturen. Darüber hinaus geben die Beiträge einen Einblick in die Emotionsforschung in so unterschiedlichen Disziplinen wie Philosophie, Politikwissenschaft, Soziologie, Betriebswirtschaft oder Geschichtswissenschaft. Wie besonders im Beitrag von *Gertraud Ladner* werden auch nicht-dominante, hier theologische „Nebentraditionen“ (114ff.) und alternative Sichtweisen in Erinnerung gerufen.

Der Frage „Was heißt Fühlen?“ auf der Spur, veranschaulicht die Herausgeberin *Agnes Neumayr* die Notwendigkeit einer „Kritik der Gefühle“: „Keine patriarchale Politik der Vernunft funktioniert ohne eine analoge Politik der Gefühle“ (11). Was die feministische Vernunftkritik der 1970er- und 1980er-Jahre bereits geleistet habe, stehe für „eine geschlechtersensible Kritik der Gefühle“ (ebd.) noch aus. Wie über Vernunft und Emotion jenseits der klassischen Entgegensetzungen nachgedacht werden könnte, veranschaulicht z.B. *Carola Meier-Seethaler* mit dem Begriff der „emotionalen Vernunft“ (30), der die wertsetzende Bedeutung von Gefühlen für die Urteilskraft hervorhebt, oder *Heiner Hastedts* Neupositionierung des Verhältnisses von Kultur, Natur und Innerlichkeit im Kontext einer Auseinandersetzung mit der Neurobiologie.

Auf der Suche nach einer „methodische[n] Gangart des Denkens“ (13) zur Überwindung der binären, hierarchischen und normativen Oppositionslogik von Vernunft und Gefühl skizziert *Neumayr* die vielfältigen Dimensionen einer Kritik der Gefühle (13ff.): Der Denkweg führt uns von der Entstehung und Formung von Gefühlen in sozialen Interaktionen – der Dimension der Sozialität der Gefühle – hin zu ihrer Eigenleiblichkeit, d.h. der qualitativen Wertempfindung bzw. der (Wert-)Erlebnisdimension der Gefühle bis zur Artikulation in Sprache und Kunst, der Dimension der Veräußerlichung und Verobjektivierung von Gefühlsmustern, die sich wiederum in die Subjekte einschreiben und Gesellschaft und Politik strukturieren.

Auch wenn „Gefühlskulturen“ als Normsysteme funktionieren, „insofern sie uns diktieren, was wir zu fühlen haben“ (102), geht *Ingrid Vendrell* dennoch der Frage nach,

welche philosophisch wohlbegründeten Kriterien zugrunde gelegt werden können, um „echte“, „authentische“ Gefühle zu bestimmen – interessante Gedankengänge zu einer Frage, die auch in anderen Beiträgen wiederkehrt und auf die Dimension des eigenleiblichen Empfindens von Gefühlen verweist. Drei weitere Beiträge dieses Sammelbandes widmen sich den Gefühlen in zwischenmenschlichen Machtspielen: *Christina Antenhofer* arbeitet in ihrer Analyse eines spätmittelalterlichen Briefwechsels den strategischen Einsatz von Gefühlen in emotionalen Argumentationsstrategien heraus, *Ellionor Forster* kontrastiert anhand von 48 Scheidungsprozessen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelebte Gefühlswelten in Konflikten mit philosophischen Gelehrtdiskursen und *Helmut Kuzmics* beschreibt die komplexen Gefühlswelten in Jane Austens Roman „Stolz und Vorteil“.

Aktuelle Gefühlsdiskurse in der Managementforschung am Beispiel von Führungsqualitäten analysieren *Barbara Sieben* und *Gertraude Krell*, während *Birgit Sauer* die disziplinierende Einschreibung von Gefühlen in die Subjekte veranschaulicht: „Der neue Gefühlsdiskurs ist Ausdruck und zugleich Movens in einem neuartigen Prozess der Herstellung von politischen Subjekten im Neoliberalismus.“ (169) Eine andere Art des „Selbstmanagements“ (ebd.) sei nun auch am Arbeitsmarkt gefragt. Für neoliberale Gefühlspolitiken beschreibt *Sauer* zwei Dimensionen: „zum einen die Anrufung eines selbstverantwortlichen und kreativen Individuums, das in der Lage ist, Disziplinierungsleistungen quasi selbst gewollt, ja freiwillig zu erbringen – auch die Disziplinierung von Gefühlen. Zum zweiten werden Gefühle öffentliche Gefühle, weil Staaten im Kontext neoliberaler Produktion von Angst und Unsicherheit diversen Risiken des Alltags und Lebens gegenüber gezielte Gefühlspolitik betreiben.“ (179)

Die Art und Weise, wie Gefühle in die politische Öffentlichkeit Eingang finden, wird von *Helena Flam* als „Lärmdemokratie“ charakterisiert, „in der die Schreie um Hilfe sich in demselben Maß vermehren, wie sie sich gegenseitig unhörbar machen.“ (231) Anhand eines aufschlussreichen Vergleichs von Emile Zolas Protestbrief „J'accuse“ mit heutigen Protestschreiben und (Internet-)Petitionen stellt sie die These von der – in ihrer Wirkungsmächtigkeit beschränkten – „risikolosen Empörung“ (230) zur Diskussion. Demgegenüber erfordere eine „Kritik aus der kleinsten Entfernung“ (229), beispielsweise bei der Beeinspruchung sexistischer Äußerungen im beruflichen, verwandtschaftlichen oder nachbarschaftlichen Umfeld nach wie vor Mut und Entschlossenheit, wobei *Flam* feststellt, „dass in unseren Lärmdemokratien diese scheinbar einfache Form der Anklage aus kleinster Entfernung im Alltag schwieriger zu vollbringen ist als allerlei Protestbriefe, Kundgebungen oder zum Überduss vervielfachte Bekenntnisse der ‚political correctness‘“. (229)

Die politikwissenschaftliche Forschung könnte von diesem Sammelband enorm profitieren, Begrifflichkeiten für eine Politologie der Gefühle nutzbar machen und neue Fragestellungen entwickeln. Maßgebend sei hier der Beitrag der Philosophin *Hilge Landweer* erwähnt: Sie hat für die Analyse von Gefühlen (69ff.) eine Unterscheidung erarbeitet zwischen den jeweiligen Objekten eines Gefühls (beispielsweise des Gefühls der Angst vor etwas Bestimmtem, das als bedrohlich erlebt wird) und dem Um-

gang mit diesen Objekten in einem bestimmten kulturellen Kontext (also der Frage, wie eine Gesellschaft mit etwas Bedrohlichem umzugehen nahelegt). Davon wiederum ist der Umgang mit dem Gefühl der Angst selbst sowie die allgemein akzeptierten –geschlechtsspezifischen – Normen für den Gefühlsausdruck zu unterscheiden, wobei alle diese vier Unterscheidungsebenen in ihrer sozialen und kulturellen Bedingtheit und nicht als natürlich gegebene Sachverhalte zu sehen sind.

Für die Entwicklung eines differenzierten Gefühlsdiskurses wirkt dieser Sammelband hoffentlich, wie die Politikwissenschaftlerin *Erika Thurner* schreibt, als „ein starkes Signal für eine weiterführende Forschungsoffensive“ (9).

Agnes Neumayr (Hg.), 2007: Kritik der Gefühle. Feministische Positionen. Wien: Milena Verlag, 310 S., ISBN 978-3-85286-154-8.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Kerner, Ina, 2008: Differenzen und Macht. Zur Anatomie von Rassismus und Sexismus. Frankfurt a. M./New York, Campus Verlag.

Galligan, Yvonne/**Clavero**, Sara/**Calloni**, Marina, 2008: Gender Politics and Democracy in post-communist Europe. Opladen, Barbara Budrich Verlag.

Carreiras, Helena/**Kümmel**, Gerhard (Hg.), 2008: Women in the Military and in Armed Conflict. Wiesbaden, VS Verlag.

Wilz, Sylvia Marlen (Hg.), 2008: Geschlechterdifferenzen – Geschlechterdifferenzierungen. Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen. Wiesbaden, VS Verlag.

Hentschel, Linda (Hg.), 2008: Bilderpolitik in Zeiten von Krieg und Terror: Medien, Macht und Geschlechterverhältnisse, b_books Verlag.

Arioli, Kathrin/**Cottier**, Michel/**Farahmand**, Patricia/**Küng**, Zita (Hg.), 2007: Wandel der Geschlechterverhältnisse durch Recht? Zürich/St. Gallen, Dike Verlag

Krell, Gertraude/**Riedmüller**, Barbara/**Sieben**, Barbara/**Vinz**, Dagmar (Hg.), 2007: Diversity Studies. Grundlagen und disziplinäre Ansätze. Frankfurt a.M./New York, Campus Verlag.

Rohr, Elisabeth/**Wagner-Rau**, Ulrike/**Jansen**, Mechthild M. (Hg.), 2007: Die halbierte Emanzipation? Fundamentalismus und Geschlecht. [Geschlecht zwischen Vergangenheit und Zukunft 2] Königstein/Ts., Ulrike Helmer Verlag.

Sedghi, Hamideh 2007: Women and Politics in Iran. Cambridge: Cambridge University Press.

Mouton, Michelle 2007: From Nurturing the Nation to Purifying the Volk: Weimar and Nazi Family Policy, 1918-1945. Cambridge: Cambridge University Press.

Schorlemer, Sabine von (Hrsg.): Die Vereinten Nationen und neuere Entwicklungen der Frauenrechte, Frankfurt a. M. u. a.: Peter Lang 2007

Stephens, Anne 2007: Women, Power and Politics. Houndsmill, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Verloo, Mieke (ed.) 2007: Multiple Meanings of Gender Equality. A Critical Frame Analysis of Gender Policies in Europe. Budapest: Central European University Press

Kull, Silke/**Riedmüller**, Barbara, 2007: Auf dem Weg zur Arbeitsmarktbürgerin? Neue Konzepte der Arbeitsmarktpolitik am Beispiel allein erziehender Frauen. Berlin: edition sigma.

Klinger, Cornelia/**Knapp**, Gudrun-Axeli/**Sauer**, Birgit (Hg.) 2007: Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität, Frankfurt/M., New York: Campus.

zusammen mit: **Warnke**, Georgia 2007: After Identity: Rethinking Race, Sex and Gender. Cambridge: Cambridge University Press.